



WIESBADEN



Der Vorsitzende des Ausschusses für
Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und
Integration

der Stadtverordnetenversammlung

Amt der Stadtverordnetenversammlung

E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de

Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden

Telefon (0611) 31-3738

Telefax (0611) 31-3902

Sachbearbeiterin: Astrid Koba

Wiesbaden, 20.09.2012

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

GEÄNDERTER BEGINN!!

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration
am Dienstag, 25. September 2012, **um 19:00 Uhr**,
Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

1. 12-F-33-0106

Notfall-SMS

- gem. Antrag von CDU und SPD vom 18.09.2012 -

Menschen mit Hörschädigung und sprachgestörten Menschen ist es bei Notfällen unmöglich, über den telefonischen Notruf auf ihre Notsituation aufmerksam zu machen und Hilfe zu rufen. Ihnen steht dafür lediglich das „Notruf-Fax“ zur Verfügung. Dessen Bedienung ist jedoch relativ zeitaufwändig und auf einen Standort limitiert.

Um diesen Mischstand zu beheben gibt es in Berlin bereits ein Pilotprojekt, bei dem Notrufe auch per SMS abgesetzt werden können. Auch in Hessen soll nach Medienberichten noch in diesem Sommer ein Pilotprojekt gestartet werden.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob sich auch die Landeshauptstadt Wiesbaden an entsprechenden Projekten beteiligen könnte.

2. 12-F-08-0107

Öffentliche Sitzungen des Ältestenausschusses
- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 19.09.2012 -

Der Ältestenausschuss ist der einzige Ausschuss, der nichtöffentlich tagt und nicht aufgezeichnet wird. Beschlüsse sind für Bürgerinnen und Bürger damit nicht nachvollziehbar.

Dabei ist der Ältestenausschuss ein parlamentarisches Gremium, das vor allem organisatorische Fragen klärt. Den Ablauf der Stadtverordnetenversammlung zum Beispiel, die Höhe der Aufwandsentschädigungen oder die Streitkultur im Stadtparlament. In der Regel stehen dort keine Punkte auf der Tagesordnung, die zwingend unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt werden müssten. Selbst wenn das mal so sein sollte, kann die Nichtöffentlichkeit im Ausschuss hergestellt werden.

Die Nichtöffentlichkeit des Ausschusses lässt es viel mehr zu, dass Punkte im Ausschuss vorbesprochen werden und dann in der Stadtverordnetenversammlung auf Tagesordnung 3 oder 4 landen, nicht mehr debattiert werden und daher unbemerkt verabschiedet werden.

Die Nichtaufzeichnung lässt es zu, dass kritische Punkte im Protokoll, Abstimmungsergebnisse oder ähnliches nicht korrekt nachvollzogen werden können.

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration möge daher beschließen:

Um die Transparenz zu erhöhen und die Nachvollziehbarkeit zu verbessern, gibt der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration dem Ältestenausschuss die Empfehlung, zukünftig öffentlich zu tagen und die Sitzungen aufzuzeichnen.

3. 12-F-08-0108

Keine Weitergabe der Meldedaten - Bürger_innenantrag
- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 19.09.2012 -

Informationelle Selbstbestimmung heißt, dass Menschen über ihre persönlichen Daten verfügen können. Sie können entscheiden, wem sie sie geben und wem nicht. Der Weitergabe durch die Einwohnermeldeämter erst widersprechen zu müssen ist demnach eine Missachtung der informationellen Selbstbestimmung und beraubt die Bürger_innen der Möglichkeit, Kontrolle über die Weitergabe der persönlichen Daten zu behalten.

Wiesbaden ist eine proaktive Stadt. Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu veranlassen, dass die Bürger mittels einer Informationskampagne über ihre Widerspruchsmöglichkeiten gegen die Weitergabe ihrer persönlichen Daten aufgeklärt werden.

4. 12-F-08-0109

Städteausschuss Mainz-Wiesbaden
- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 19.09.2012 -

Der Städteausschuss Mainz-Wiesbaden hat seit geraumer Zeit nicht mehr getagt. Gesprächsbedarf ist bei vielen Themen gegeben, wie z.B.:

- Barrierefreie Gestaltung einer Fuß- und Radwegverbindung zwischen den Landeshauptstädten Mainz und Wiesbaden über die Kaiserbrücke.
- Ausweitung des preisgekrönten Fahrradverleihsystems der Mainzer Verkehrsgesellschaft auch auf das Gebiet der Landeshauptstadt Wiesbaden.
- Bessere Koordinierung der Schulpläne zwischen Mainz und Wiesbaden.
- Kraftwerke Mainz-Wiesbaden

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, dafür Sorge zu tragen, dass der Städteausschuss Mainz-Wiesbaden zeitnah einberufen wird.

5. 12-F-08-0087

ANLAGE

WLAN an öffentlichen Plätzen - Beschluss Nr. 0107 vom 6.12.2011 des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration
- Antrag Linke&Piraten vom 22.08.2012 -

6. BERICHT DER DEZERNENTIN (12-A-21-0002)

ANLAGE

7. 12-V-30-0013

DL 36/12-2

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden III (Wiesbaden-Bierstadt)

8. VERSCHIEDENES

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Seite 4 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration am 25. September 2012

Schickel
Stellv. Vorsitzender